

### Bessere Verfahren für fairere Ergebnisse: Jugendquoten in Parlamenten

Bidadanure, Juliana

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bidadanure, J. (2014). Bessere Verfahren für fairere Ergebnisse: Jugendquoten in Parlamenten. *Journal für Generationengerechtigkeit*, 14(2), 40-47. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-414606>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

# Bessere Verfahren für fairere Ergebnisse: Jugendquoten in Parlamenten

von Dr. Juliana Bidadanure

**Z**usammenfassung: In diesem Beitrag lege ich eine instrumentelle Begründung für die Einführung von Jugendquoten in Parlamenten vor, die zwischen ‚materiell-rechtlicher Repräsentation‘ und ‚symbolischer Repräsentation‘ unterscheidet. Ich behaupte, dass diese beiden Formen gemeinsam eine gute Grundlage für eine ‚Politik der Jugendpräsenz‘ in den Parlamenten bieten. Im ersten Abschnitt untersuche ich, ob Jugendquoten die Chancen auf gerechte Jugendpolitiken erhöhen könnten (materiell-rechtliche Repräsentation). Im zweiten Abschnitt zeige ich, dass Jugendquoten eine wichtige symbolische Rolle für eine Gemeinschaft politisch Gleichgestellter spielen können, und welche Signalwirkung dies auf die politische Beteiligung junger Menschen haben kann (symbolische Repräsentation).

## Einleitung

Die Frage der politischen Repräsentation junger Menschen in Parlamenten ist insbesondere für das Themenfeld der intergenerationalen Gerechtigkeit von Bedeutung. Weil der Anteil der jungen im Vergleich zu den älteren Menschen in den meisten reichen Ländern zurückgeht, wird häufig die Sorge geäußert, dass junge Menschen beiseitegeschoben und unsere Demokratien zu Gerontokratien werden könnten.<sup>1</sup> In den europäischen Ländern sind sehr wenige Parlamentarier unter 40 Jahre und nahezu keine unter 30 Jahre alt. In diesem Zusammenhang scheint die Möglichkeit, Jugendquoten in Parlamenten einzuführen, bedenkenswert zu sein. Dennoch gibt es bislang nur sehr wenig Forschung zu diesem Themenfeld, und auch die Politik hat es noch nicht als einen möglichen Reformbereich erkannt. Woher rührt dieses Desinteresse? Auch wenn wir an Repräsentation als Ideal der Demokratie oder als zweitbeste Alternative nach der partizipatorischen Demokratie glauben, so scheint doch das Instrument der Quote inzwischen allgemein anerkannt zu sein, um einige soziale Gruppen davor zu schützen, marginalisiert oder ausgeschlossen

zu werden. Geschlechter- und ethnische Quoten sind vielfach untersucht, erwogen, getestet oder implementiert worden. Warum wird nicht auch über Altersquoten im Allgemeinen und über Jugendquoten im Besonderen diskutiert?

Eine Antwort auf diese Frage lautet: weil Alter etwas Besonderes ist.<sup>2</sup> Wenn Frauen und ethnische Minderheiten in den Parlamenten nicht repräsentiert sind, werden sie im Vergleich zu anderen Bürgern ungleich behandelt. Wenn man hingegen eine diachrone Perspektive einnimmt, ist es so, dass junge Menschen durch ihre fehlende Repräsentation nicht ihr ganzes Leben lang ungleich behandelt werden, sobald man sie mit anderen Altersgruppen vergleicht, die selbst irgendwann jung waren. Ungleichheiten zwischen Altersgruppen können *prima facie* als weniger problematisch angesehen werden als Ungleichheiten zwischen anderen sozialen Gruppen. Axel Gosseries drückt dies so aus: „Eine Gesellschaft, die stark zwischen Menschen verschiedenen Alters unterscheidet, kann dennoch die Menschen gleich behandeln, wenn wir deren Zugang zu vorhandenen Ressourcen über ihre komplette Lebensdauer hinweg betrachten. Jeder wird an die Reihe kommen.“<sup>3</sup> Diese Besonderheit des Alters erklärt teilweise, weshalb die Abwesenheit von jungen Menschen in Parlamenten nicht als eine solche Ungerechtigkeit betrachtet wird wie Ungleichheiten bei der Repräsentation von anderen sozialen Gruppen. Phillips erklärt in einem kurzen Abschnitt zur Unterrepräsentation junger Menschen in der Politik: „Die Lage der Frauen ist offensichtlich unfairer [als die Lage junger Menschen], weil Frauen ihr gesamtes Leben hindurch unterrepräsentiert sein werden.“<sup>4</sup>

Wenn Frauen nicht im Parlament repräsentiert sind, bedeutet dies voraussichtlich, dass sie keine faire Chance im Wettbewerb um diese sozialen Positionen haben werden. Die Geschichte der Geschlechtervorherrschaft und -ausgrenzung untermauert diesen Verdacht.<sup>5</sup> Geschlecht und ethnische

Zugehörigkeit sind keine legitimen Gründe für den Ausschluss von solchen Positionen. Aus Gründen der fairen Chancengleichheit und als Antwort auf ungerechtfertigte Diskriminierungen sollte man daher die Einführung von Quoten für das Parlament für diese Gruppen unterstützen, um Chancengleichheit wiederherzustellen. Allerdings funktioniert dieses Argument kaum für junge Menschen.

Die wesentliche Erklärung und Rechtfertigung für die Abwesenheit junger Menschen im Parlament ist ihr Mangel an Erfahrung. Erfahrung ist – anders als Geschlecht oder ethnische Zugehörigkeit – für einen Parlamentarier eine relevante Eigenschaft. Mangelnde Erfahrung könnte daher ein legitimes Ausschlusskriterium sein.

Was ein Alter im Sitzen sieht, kann ein Junger nicht einmal im Stehen erblicken.

/ Sprichwort aus Nigeria /

Zumindest aus diesen beiden Gründen ist es wahrscheinlich, dass sich die beste Verteidigung von Jugendquoten auf eine instrumentelle Rechtfertigung stützen wird. Anstatt – wie im Falle des Geschlechts – zu argumentieren, dass ungleiche Repräsentation intrinsisch ungerecht ist, sollte man sowohl auf die negativen Konsequenzen verweisen, welche die Abwesenheit junger Menschen in Parlamenten verursachen, als auch auf die positiven Ergebnisse, welche die Einführung von Jugendquoten mit sich bringen könnten. Der vorliegende Beitrag liefert diese instrumentelle Rechtfertigung und argumentiert, dass Jugendquoten es verdienen, ernsthaft in Betracht gezogen zu werden, insofern als sie tatsächlich dazu beitragen können, intergenerational fairere Ergebnisse herbeizuführen.

In der Literatur über Quoten werden häufig zwei Arten von Gründen für Quoten betont: einerseits die Policy-Ebene oder ‚materiell-rechtliche Repräsentation‘, andererseits die symbolische Ebene oder ‚symbolische

Repräsentation'.<sup>6</sup> Die erste beschäftigt sich mit den Folgen, die Quoten auf konkrete Politiken haben könnten. Die zweite beschäftigt sich mit der Wirkung, welche die Implementierung der Quoten jenseits des parlamentarischen Raumes für den sozialen Zusammenhalt haben könnte.

### **Materiell-rechtliche Repräsentation: Was können Jugendquoten zu Beratungen beitragen?**

Jane Mansbridge behauptet, dass ein Hauptgrund für die Unterstützung der Einführung von ‚deskriptiven Repräsentanten‘ – das sind Repräsentanten von ausgewählten Randgruppen – derjenige ist, dass dadurch die Qualität der Deliberation erhöht werde, wodurch auch die materiell-rechtlichen Gruppeninteressen besser repräsentiert würden.<sup>7</sup> In diesem Abschnitt bewerte ich die Art der Wirkung, welche die Einführung von Jugendquoten auf die parlamentarischen Beratungen haben kann – das bezieht sich auf diejenigen Ideen, die diskutiert werden und schlussendlich auf diejenigen Politiken, die auch implementiert werden. Ich behaupte, dass eine Korrelation zwischen einer Jugendpräsenz in den Parlamenten und faireren intergenerationellen Ergebnissen wahrscheinlich ist.

In *The Politics of Presence* stellt Anne Phillips eine Rechtfertigung für Geschlechter- und ethnische Quoten vor, die auf dem Bedürfnis beruht, „diejenigen Ausgrenzungen in Angriff zu nehmen, die der Vereinnahmung von politischen Ideen durch die Parteien entspringen sowie aus dem Bedürfnis nach einer stärkeren Vertretung im Namen benachteiligter Gruppen und der Bedeutung einer Politik des Wandels, die eine größere Bandbreite von politischen Alternativen ermöglicht“.<sup>8</sup> Meine eigene Verteidigung der Jugendquoten formuliert zwei Argumente, die sich auf Phillips' erste beiden Argumente stützen: Die Unterrepräsentation junger Menschen zu entschärfen ist, behaupte ich, wünschenswert, um die Ausgrenzung einiger altersbezogener Anliegen aus dem *Ideenfundus der politischen Parteien* zu verhindern – zum Beispiel Anliegen, die sich auf bezahlbares Wohnen und eine erschwingliche Bildung sowie auf Arbeitslosigkeit beziehen; und um die Chance auf eine *stärkere Vertretung* zugunsten von jungen Menschen zu erhöhen – zum Beispiel, indem man sich gegen falsche Darstellungen ausspricht, welche junge Menschen als faul und selbstgerecht charakterisieren. Zunächst werde ich jedoch zwei wichtige Einschränkungen des materiell-rechtlichen Arguments für Quoten vorausschicken.

### *Die eingeschränkte Reichweite des materiell-rechtlichen Arguments für Repräsentation*

Die Idee der ‚materiell-rechtlichen Repräsentation‘ setzt voraus, dass es solche Dinge wie ‚Gruppeninteressen‘ – wie zum Beispiel ‚Fraueninteressen‘ oder ‚Jugendinteressen‘ – gibt. Allerdings läuft diese Annahme Gefahr, bestimmte Gruppen in unstatthafter Weise zu essentialisieren: „Der Essentialismus geht von einer einzelnen oder wesensgemäßen Eigenschaft oder ‚Natur‘ aus, die jedes Mitglied einer beschriebenen Gruppe miteinander verbindet und ihnen gemeinsame Interessen gibt, welche – in der extremsten Version dieser Idee – diejenigen Interessen transzendieren, die sie trennen.“<sup>9</sup> Im Fall der jungen Menschen könnten wir zu schnell unterstellen, dass diese substantielle gemeinsame Interessen haben. Wir könnten auch voraussetzen, dass ältere Parlamentarier die Interessen der jungen Menschen nicht angemessen repräsentieren können. Wir könnten wichtigere Unterschiede außer Acht lassen, zum Beispiel solche, die von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse herrühren.

Sich auf ein derart überzogenes essentialistisches Verständnis der Gruppe junger Menschen zu stützen, um Quoten zu rechtfertigen, ist vermutlich zu weit hergeholt. Der Einfluss des Alters auf politische Ideen ist nicht signifikant. In der Wahl zum britischen Unterhaus 2010 stimmten zum Beispiel junge Menschen gleichmäßig für die drei dominierenden Parteien ab: 30 Prozent der jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren wählten die Konservativen, 31 Prozent die Labour-Partei und 30 Prozent die Liberal-Demokraten.<sup>10,11</sup>

So wie die Alten sangen,  
so zwitschern auch die Jungen.  
/ Sprichwort /

Wie die Solidaritätsdemonstrationen in Frankreich 2010 zeigten, unterstützen junge Menschen häufig die Rentenansprüche der Älteren.<sup>12</sup> Die Befürwortung einer essentialistischen Konzeption der Altersgruppen ist womöglich auch kontraproduktiv, weil – wenn man bedenkt, dass die Gesellschaft ohnehin altert – das Letzte, was wir uns wünschen sollten, Institutionen sind, welche die Sichtweise verfestigen, das man nur im Interesse der eigenen Altersgruppe stimmen sollte. Dies würde tatsächlich garantieren, dass Institutionen altersparteiisch werden würden, weil die Altersgruppe der Mehrheit dazu ermutigt würde, die Institutionen in

einer Weise auszugestalten, die ihren eigenen altersbezogenen Interessen dienen würde.

Trotzdem muss man nicht einer übermäßigen essentialistischen Altersauffassung anhängen, um ein überzeugendes Argument für Jugendquoten vorzubringen. Man muss lediglich unterstellen, dass es *einige* alters- oder kohortenbezogene Interessen, Anliegen oder Ziele gibt, die *einigen* Einfluss auf das Wahlverhalten der Menschen haben. Das Alter scheint zumindest einigen Einfluss auf die Ansichten der Menschen darüber zu haben, welche Politiken implementiert werden sollten: „Das Abstimmungsverhalten bei Referenden, die sich mit längerfristigen ökologischen Sachverhalten beschäftigen, etwa damit, ob ein Land Kernenergie verbieten sollte oder nicht, hat sich als stark altersbezogen erwiesen.“<sup>13</sup> Unter anderem führt Van Parijs das Beispiel eines Referendums aus dem Jahre 1990 in der Schweiz an, in dem es um den stufenweisen Abbau der Kernenergie ging: 64 Prozent der Altersspanne 18-29 Jahre und 57 Prozent der 30-39-Jährigen unterstützten den Vorschlag, aber er wurde abgelehnt, weil nur 47 Prozent der Gesamtbevölkerung ihn unterstützten – die positiven Wählerstimmen der Jüngsten wurden von den negativen Stimmen der älteren Wähler übertroffen. Erst kürzlich zeigte auch Craig Berry, dass das Alter einigen Einfluss darauf hat, wie Menschen wählen. Berry zeigte – gestützt auf eine Untersuchung von Andy Furlong und Fred Cartmel, die auf der britischen Wahlumfrage von 2009/10 basierte –, dass ‚Arbeitslosigkeit‘ im Vereinigten Königreich ein Themenfeld war, das die Angehörigen der Generation Y (15-30 Jahre alt) deutlich stärker beunruhigte als die Mitglieder der Generation der Babyboomer. Das Thema ‚Gesundheitswesen‘ wurde sowohl von den Babyboomern als auch von der ‚stillen Generation‘ gegenüber der Arbeitslosigkeit als prioritär angesehen.<sup>14</sup> Es ist einfach anzuerkennen, dass Altersgruppen – aufgrund ihrer Position in der Lebensdauer und ihrer Kohortenzugehörigkeit – eine Reihe gemeinsamer Anliegen, Ziele und Erfahrungen teilen. Ich werde mich in den verbleibenden Ausführungen dieses Abschnitts lediglich auf dieses abgeschwächte Verständnis von Jugendinteressen beziehen. Eine weitere wichtige Einschränkung der deskriptiven Repräsentation als materiell-rechtliche Repräsentation muss hier erwähnt werden. Es muss grundlegend unterschieden werden zwischen der Unterrepräsentation junger Menschen auf der Wählerseite

einerseits und der Repräsentantenseite andererseits. Die mögliche Korrelation zwischen Alter, Kohorte und Wählermacht scheint keine evidenten Gründe dafür zu liefern, eine modifizierte Zusammensetzung der Repräsentativorgane zu erwägen. Van Parijs, Longman und Berry scheinen lediglich zu behaupten, dass es eine Korrelation zwischen ‚wählen‘ und ‚Alter‘ gibt. Das Problem bestünde dann in der Alterung der Wählerschaft und nicht in dem Alter der Parlamentarier überhaupt. Junge Parlamentarier könnten sich gleichermaßen vor das Problem gestellt sehen, die kurzfristigen Interessen ihrer Wählerschaft bedienen zu sollen, ähnlich wie ältere Parlamentarier. Wenn überhaupt, kann uns das Altern der Bevölkerung dazu veranlassen, eine Reihe von Wahlreformen in Erwägung zu ziehen, aber nicht unmittelbar dazu, mehr junge Menschen in die Parlamente zu bringen. Dies ist eine wichtige Einschränkung für eine Argumentation darüber, was Quoten alleine bringen können, wenn die jungen Menschen weitgehend ungehört bleiben. Die Absicht dieses Abschnitts ist, die spezielle Bedeutung und die Hoffnungen der deskriptiven Repräsentation selbst präzise festzuschreiben und zwar losgelöst davon, was wählen selbst bewirken kann.

*Wie man verhindert, dass Jugendinteressen von der parteibezogenen Artikulation von politischen Ideen ausgeschlossen werden*

Unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit könnten junge Parlamentarier zu einer Erweiterung des parteibezogenen Politikangebots beitragen, indem sie sich für eine bessere Einbeziehung jugendlicher Anliegen in politische Programme einsetzen. Anne Phillips macht solche Parteiangebote als ein grundlegendes Argument für Quoten aus.<sup>15</sup> Es beruht nicht auf einer zu substanziellen Auffassung darüber, woraus Jugendinteressen bestehen. Einige Gruppen können gemeinsame Anliegen haben, aber ihre Mitglieder können sie auf verschiedene Weisen interpretieren, die von ihren Zielen, Werten, Parteilinien oder ihrer sozialen Klasse abhängen. Quoten können dazu beitragen, dass politische Parteien diese Anliegen einbeziehen, wie auch immer ihre Antworten darauf ausfallen mögen. Sie könnten daher in den Parlamenten zu umfangreicheren Beratungen über diese führen. Dies scheint besonders vor dem Hintergrund bedeutsam zu sein, dass – wie Studien zeigen – junge Menschen verbreitet der Ansicht sind, Politiker würden ihre Anliegen

nicht ernst nehmen. Zum Beispiel zeigten Hen und Foard in einer Umfrage über die Einstellungen junger Menschen gegenüber politischen Parteien, dass lediglich sieben Prozent der 18-Jährigen der Ansicht waren, dass politische Parteien an denselben Themen interessiert seien, die auch junge Menschen beschäftigen.<sup>16</sup>

**Die meisten Parteipolitiker interessieren sich sehr wenig für die Gedanken und Gefühle der Leute, deren Geld sie ausgeben.**  
/ Peter Sloterdijk /

Ältere Parlamentarier sind auch einmal jung gewesen, und folglich können sie sich mit einigen solcher Anliegen identifizieren. Allerdings sind sie nicht gerade ‚jetzt‘ jung, so dass ihnen einige kohortenbezogene Anliegen entgangen sein könnten. Es gibt in der Tat einen wichtigen Unterschied zwischen Periodeneffekten einerseits und Alterseffekten andererseits.<sup>17</sup> Der *Periodeneffekt* markiert die Auswirkung eines Ereignisses zu einem bestimmten Zeitpunkt: Die Auswirkungen einer Finanzkrise können zum Beispiel als Periodeneffekte beschrieben werden. Unabhängig von ihrem Alter leiden wohl viele Menschen unter ihren Konsequenzen. Allerdings gibt es auch *Alterseffekte*, welche die Auswirkung von Alter und Generationenzugehörigkeit auf bestimmte Ergebnisse bezeichnen. Armut oder Arbeitslosigkeit als ein Ergebnis derselben Finanzkrise werden zum Beispiel sehr unterschiedlich wahrgenommen, wenn sie in einem jungen Alter oder aber zum eigenen Karriereende hin erlebt werden. Für junge Menschen können Jugendarbeitslosigkeit und Armut zur Abhängigkeit gegenüber den eigenen Eltern führen, Unterkunft und Einkommen eingeschlossen. Jugendarbeitslosigkeit kann auch zur zeitlichen Verschiebung von Projekten führen, die junge Menschen wertschätzen, etwa die Gründung einer Familie oder der Kauf eines Eigenheims.

Jüngere Parlamentarier können daher spezifische Probleme, die sich auf Wohnen, Bildung und Arbeitslosigkeit beziehen, auf eine andere Weise aufgreifen, als es ältere Parlamentarier zu tun vermögen. Der 28-jährige Parlamentarier Jo Swinson beklagte 2009 das Fehlen von Altersvielfalt innerhalb des britischen Parlaments:

„Es gibt eine große Anzahl von in Oxford und Cambridge ausgebildeten Anwälten, die als Parlamentarier gewählt werden, wenn sie im mittleren Alter sind. Es gibt keinen

einzigsten Parlamentarier, der Studiengebühren bezahlt hat. Wir haben innerhalb der Bevölkerung einen großen Anteil, der deshalb verschuldet ist oder der aufgrund von Änderungen bei der Rente bis ins hohe Alter arbeiten muss, aber es gibt keinen Abgeordneten im Parlament, der diese Erfahrungen teilt oder teilen wird.“<sup>18</sup>

Das Fehlen von Altersvielfalt hat laut Swinson also Auswirkungen darauf, welche sozialen Erfahrungen vertreten werden. Man mag daher hoffen, dass ein Parlament mit einer größeren Altersvielfalt die alters- und kohortenbezogene Pluralität der Erfahrungen besser berücksichtigen könnte. Die Wirksamkeit geteilter Erfahrungen ist somit ein wichtiger Grund für deskriptive Repräsentation, wie Mansbridge argumentiert. Somit lautet ein erstes Argument für Jugendquoten, dass Parlamente mit einer stärkeren Altersvielfalt besser in der Lage sein werden, die Bandbreite an Anliegen zu repräsentieren, welche die Wähler haben können. Jugendquoten würden eine größere Vielfalt an Erfahrungsmustern in die Beratungen einbringen.

*Wie man die Chance auf eine stärkere Vertretung von jungen Menschen erhöht*

Wir können die Einführung von Jugendquoten auch aus dem Grund verteidigen, dass ein erhebliches Risiko besteht, dass Politiken und Debatten von fehlerhaften Darstellungen geleitet sein werden, sofern sie lediglich innerhalb bestimmter Altersgruppen – und unter Ausschluss von anderen – geführt werden. Wenn eine Altersgruppe von den Debatten ausgeschlossen ist, kann es sein, dass ihre Wunschvorstellungen und Probleme verfälscht werden. Zum Beispiel lässt sich von der französischen und der britischen Jugendpolitik behaupten, dass diese zu einem großen Teil von fehlerhaften Darstellungen und häufig von unfairen Vorurteilen geleitet gewesen ist.<sup>19</sup> In den Medien und unter Politikern besteht gleichermaßen die Tendenz, persönliche Verdienste übermäßig zu betonen und junge Menschen alleine für ihre Situation verantwortlich zu machen. Diskurse über die Jugend neigen dazu, ihre angebliche Faulheit, ihre negativen Einstellungen und ihr Anspruchsdenken zu bemängeln.<sup>20</sup> Wie die Autoren von *Jilted Generation* ausführen, scheint es ein Wiederaufleben einer viktorianischen Ideologie zu geben, die dort, wo Armut und Benachteiligung herrschen, Faulheit sieht, und dort, wo strukturelle und systemische Probleme vorliegen, einen Mangel an persönlichem

Engagement behauptet: „Wir sind in erster Linie verletztbar, und dennoch ist das Bild, das die Mehrheit der Gesellschaft von uns hat, dass wir faul und unwürdig seien.“<sup>21</sup> Die *Intergenerational Foundation* veröffentlichte kürzlich einen Bericht darüber, wie junge Menschen in europäischen Ländern wahrgenommen werden. Die Ergebnisse sind bemerkenswert und belegen, wie gering jüngere Menschen in Großbritannien geschätzt werden: „Junge Briten in ihren Zwanzigern erzielten die geringsten Werte irgendeines Landes im Hinblick auf den ihnen zuteil werdenden Respekt. (...) Was die ihnen entgegengebrachte Geringschätzung angeht, stehen sie an erster Stelle.“<sup>22</sup> Angesichts solcher fehlgeleiteter Darstellungen argumentieren Furlong und Cartmel: „Wenn Angelegenheiten auftauchen, die für junge Menschen von erheblicher Bedeutung sind, werden diese häufig von einer paternalistischen und herablassenden ‚Wir wissen, was das Beste für euch ist‘-Perspektive aus angegangen.“ Ein Beispiel, das die Autoren herausstellen, ist die Arbeitsmarktpolitik: Politiker „konzentrieren sich nicht so sehr darauf, Möglichkeiten aufzuzeigen, sondern darauf, ein wahrgenommenes Defizit bei den Fähigkeiten in Angriff zu nehmen und junge Menschen zu motivieren, die als inkompetent und sogar als ‚unzulängliche Bürger‘ dargestellt werden.“<sup>23</sup>

**Wir brauchen mehr Arbeitsplätze, nicht mehr Druckmittel gegen Arbeitslose.**

/ Heinrich Franke /

Wenn Repräsentanten die Herausforderungen, denen junge Menschen ausgesetzt sind, im besten Falle unterschätzen und im schlechtesten Falle als Faulheit darstellen, dann ist die Jugendpolitik entsprechend einseitig.

Ein Beispiel für die Auswirkung einer derartig verzerrten Darstellung dürfte die Verweigerung einer bedarfsabhängigen Sozialhilfe (*Revenu minimum d'insertion*) für französische Bürger unter 25 Jahren gewesen sein. Seit deren Einführung 1988 war der Zugang zu dieser Leistung in Frankreich auf Bürger beschränkt, die mindestens 25 Jahre alt waren. 2009 wurde das Vorhaben schließlich reformiert, um junge Menschen unter 25 Jahren einzubeziehen, jedoch unter weitaus restriktiveren Bedingungen: Um Anspruch auf diese Leistung zu haben, mussten sie in den vergangenen drei Jahren zumindest schon zwei Jahre voll gearbeitet

haben. Als Ergebnis haben lediglich einige tausend junge Personen Zugang zu Sozialhilfe, wenn sie diese benötigen, während über 20 Prozent der französischen Jugend in Armut leben. Tatsächlich waren die meisten Argumente, die vorgebracht wurden, entweder infantilisierend oder paternalistisch: junge Menschen verdienten sie nicht; sie würden faulenzern und träge werden, wenn sie Sozialhilfe erhielten; sie bräuchten sie nicht wirklich und ihnen sollte nichts ohne Gegenleistung gegeben werden.<sup>24</sup> Wenn junge Personen ein stärkeres Mitspracherecht gehabt hätten – stärkere Stellvertreter eingeschlossen –, als diese altersbezogene Diskriminierung<sup>25</sup> beschlossen wurde, hätte es möglicherweise mehr Widerstand dagegen gegeben. Wir können nur hoffen, dass der Einzug von mehr jungen Menschen in die Parlamente die bescheidene Wirkung haben kann, derartige Fehlwahrnehmungen nicht unwidersprochen stehen zu lassen.

Jugendquoten können daher den zweiten wichtigen Nutzen haben, die Chance auf eine stärkere Vertretung der jungen Menschen zu erhöhen, zum Beispiel, indem Fehldarstellungen, die sie als faul und selbstgerecht kennzeichnen, zurückgewiesen werden. Wir können nur hoffen, dass junge Bürger einige dieser Darstellungen engagiert herausfordern werden und sich gegenüber altersbezogenen Diskriminierungen als ‚Wachhunde‘ engagieren können.

Norman Daniels stellte ein Verfahren vor – die ‚prudentielle Beschreibung der Lebensspanne‘ –, bei dem die Planer unter einen Schleier des Nichtwissens gestellt werden, so dass sie ihr eigenes Alter nicht kennen. Sie werden gebeten, ein vorhandenes Bündel an Ressourcen so über ihr ganzes Leben zu verteilen, dass sie die Effizienz ihrer Lebensdauer maximieren können: „Wie sollte diese Lebenserwartung, bei der man ein bestimmtes Level an sozialen Grundgütern genießen soll, über jede Lebensphase hinweg verteilt werden, so dass das Wohlergehen über die gesamte Lebensdauer hinweg maximiert wird?“<sup>26</sup> Die Ergebnisse dieses Verfahrens zeigen uns, welche Investitionen und Verteilungen fair sind, und welche Ungleichheiten zwischen Altersgruppen eventuell akzeptabel sind. Norman Daniels zufolge wäre der beste Weg, um die Voraussetzungen für Gerechtigkeit zwischen Altersgruppen zu schaffen, sich ein Repräsentativorgan zu denken, das sich unter einem Schleier befindet, weil dies Unparteilichkeit gewährleisten und Altersbefähigung verhindern würde. In der Praxis

ist es natürlich unmöglich, die Altersneutralität der vernünftigen Planer zu reproduzieren. Dennoch: unter nicht-idealen Bedingungen scheint das Geringste, was wir tun können, sicherzustellen, dass Deliberationsorgane Repräsentanten aller Altersgruppen einschließen, um das Risiko von Altersbefähigung zu begrenzen. Frühere Diskussionen heranziehend, können wir daher argumentieren, dass unter nicht-idealen Bedingungen die *Politik der Vernunft* eine *Politik der Präsenz* voraussetzt, von Anne Phillips definiert als die Notwendigkeit, die politische Repräsentation von benachteiligten Gruppen durch Quoten zu erhöhen.

**Minderheiten sind die Mehrheiten der nächsten Generation.**

/ Jean Paul /

Ein gewisses Maß an Präsenz stellt für sich genommen keine ‚Garantie‘ dafür dar, dass bestimmte Arten von Ideen zum Ausdruck gebracht und bestimmte Politiken implementiert werden. Ich habe diese Diskussion mit zwei Einschränkungen der ‚deskriptiven Repräsentation‘ begonnen: wir können die Gruppe der jungen Menschen nicht übermäßig idealisieren und davon ausgehen, dass junge Parlamentarier grundlegend darin besser sein werden, die Interessen der Jugend zu fördern; und selbst wenn sie dies tun, wird es die Machtungleichgewichte bei Wahlen nicht unmittelbar beeinflussen. Die Wirkung von Quoten auf die materiell-rechtliche Repräsentation ist daher möglicherweise nicht so radikal, wie man es sich erhoffen mag. Das bedeutet aber nicht, dass Jugendquoten keine Wirkung auf intergenerationale Fairness haben werden. Wie ich gezeigt habe, sprechen mehrere Gründe für die Annahme, dass „Quoten-Jugendliche“ die deliberative Qualität von Beratungen erhöhen könnten. Allerdings zeigt die Einschränkung auch, dass das substanzielle Argument für Quoten für sich genommen keine ausreichende Basis für Jugendquoten in Parlamenten bietet. Dies führt uns zu einem weiteren wichtigen Argument zugunsten von Jugendquoten. Im Folgenden werde ich zeigen, dass sie – ungeachtet der Wirkung, welche die deskriptive Repräsentation auf die Qualität von Beratungen haben kann – auch aus symbolischen Gründen verteidigt werden können.

**Symbolische Repräsentation: Für eine Gemeinschaft von Gleichen**

Der symbolische Wert der Repräsentation

ist, in Phillips' Darstellung, einer von vier legitimen Gründen für eine Politik der Präsenz. „Selbst wenn eine genaue Überprüfung den Nachweis erbringen würde, dass eine geringere Beteiligung von Frauen (...) keine erkennbaren Konsequenzen mit sich brächte (ein unwahrscheinliches Ergebnis, aber im Prinzip immer noch möglich)“, argumentiert Phillips, „würde dies nicht wesentlich das Urteil verändern, dass eine solche Ungleichheit nicht wünschenswert ist“. <sup>27</sup> Selbst wenn Quoten für benachteiligte Gruppen in materiell-rechtlicher Hinsicht das Los dieser Gruppen nicht verbessern könnten, gäbe es Gründe sie einzuführen: die nachfolgend dargestellten demonstrativ-symbolischen Gründe. Gemeinsam bieten die materielle-rechtlichen und die symbolischen Argumente eine gute Grundlage für die Einführung von Jugendquoten in den Parlamenten.

#### *Der demonstrativ-symbolische Wert von Jugendquoten*

In seiner Tanner-Vorlesung von 1986 über die Bedeutsamkeit der Wahl unterscheidet Tim Scanlon drei positive Merkmale des individuellen Wahlaktes: eine Wahl hat ‚Vorhersagewert‘, ‚demonstrativen Wert‘ und ‚symbolischen Wert‘. <sup>28</sup> Wenn ich mein eigenes Essen im Restaurant bestelle, ohne jemand anderen für mich wählen zu lassen, entspricht meine Bestellung wahrscheinlich eher meinen Vorlieben, als es andernfalls der Fall wäre. <sup>29</sup> Auf diese Art hat die Wahl einen ‚Vorhersagewert‘: die Tatsache, dass ich für mich selbst eine Wahl treffe, sagt unter vielen Umständen voraus, dass die Ergebnisse meiner Wahlen genau meinen Vorlieben entsprechen werden. Allerdings, argumentiert Scanlon, ist der Vorhersagewert der Wahl relativ und konditional: Ich könnte womöglich nicht viel über die Küche in diesem speziellen Restaurant wissen oder ich könnte betrunken sein. In einem solchen Fall könnte jemand anderes als ich besser geeignet sein, das für mich Richtige zu bestellen. Dies rechtfertigt häufig paternalistische Politiken. Der ‚Vorhersagewert‘ einer Wahl ist jedoch nicht ihr einziger Wert. Anders ausgedrückt: Es kann für mich als Person nützlich sein, für mich selbst eine Wahl zu treffen, sogar wenn ich nicht der beste Richter dessen bin, was in meinem eigenen Interesse ist. Die Wahl hat nämlich auch einen demonstrativen und symbolischen Wert.

Scanlon illustriert den demonstrativen Wert der Wahl durch das folgende Beispiel: <sup>30</sup> Wenn man für jemanden ein Geschenk

kauft, ist die beste Art um sicherzugehen, dass er das bekommt, was er bevorzugt, häufig die, ihn selbst entscheiden zu lassen, was er möchte – oder ihm einfach das Geld zu geben. Ihm genau das zu geben, was er bevorzugt, ist allerdings teilweise verfehlt. Etwas zu verschenken ist eine Möglichkeit, Fürsorge, Zuneigung und Wissen zum Ausdruck zu bringen. Der symbolische Wert der Wahl ist gleichermaßen ohne Bezug zu ihrem Vorhersagewert. In einer Situation, in der es Menschen normalerweise gestattet ist, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, argumentiert Scanlon: „Ich kann es schätzen, eine Wahl zu haben, weil das Fehlen einer solchen ein Urteil von mir selbst oder jemand anderem zum Ausdruck bringen würde, dass ich unterhalb des erwarteten Kompetenzniveaus liege.“ <sup>31</sup> Wenn es mir nicht gestattet ist, eine Wahl zu treffen, kann dies unter bestimmten Umständen bedeuten, dass ich als ‚minderwertig‘ angesehen werde. Dies ist Scanlon zufolge umso mehr von Bedeutung, wenn das Vermögen der Angehörigen meiner Gruppe, für sich selbst eine Wahl zu treffen, systematisch in Frage gestellt ist. Die demonstrativen und symbolischen Werte der Wahl sind beide ohne Bezug zu dem Vorhersagewert der Wahl, gerade weil sie nicht-instrumentell sind. Ungeachtet dessen, ob ich die Ergebnisse falsch verstanden habe, kann meine Wahl demonstrativen oder symbolischen Wert haben.

**Man soll keine Dummheit zweimal begehen; die Auswahl ist schließlich groß genug.**

/ Jean-Paul Sartre /

Was haben diese Unterscheidungen mit meinem Thema, dem symbolischen Wert der deskriptiven Repräsentation zu tun? Scanlon beschäftigt sich vorrangig mit individuellen Wahlmöglichkeiten und nicht mit der Repräsentation dieser Wahlmöglichkeiten durch geeignete Menschen. Es macht einen großen Unterschied, ob ich einerseits sage, dass meine individuelle Wahl aus demonstrativen oder symbolischen Gründen von Bedeutung ist, oder ob ich andererseits sage, dass der Umstand, dass ich politisch durch Menschen repräsentiert werden soll, die so aussehen wie ich, einen demonstrativen und symbolischen Wert hat. Scanlons Diskussion über den symbolischen Wert der Wahl enthält in der Tat bereits einige Behauptungen über Gruppen, Kategorien und Normen. Scanlon ist darüber besorgt, dass paternalistische Politiken die zahlrei-

chen Arten und Weisen betreffen, in denen Wahlmöglichkeiten von Belang sind: selbst wenn Menschen nicht dazu in der Lage sind zu entscheiden, was für sie das Beste ist, muss in Betracht gezogen werden, ob einige bestimmte Gruppen „im Streit um rechtliche Regulierung niedrig gehalten werden.“ <sup>32</sup> Die Gruppenidentität hat unter vielen Umständen eine Bedeutung dafür, ob bestimmte Individuen als Gleiche anerkannt sind oder nicht. So kann die deskriptive Repräsentation dahingehend betrachtet werden, einen Beitrag zu dem Selbstbild von Randgruppen zu leisten. Wenn es keine Frauen in den Parlamenten gibt, bedeutet das einen negativen Wert für das Selbstbild der Frauen als politisch Gleichberechtigte. Wenn es Frauen in den Parlamenten gibt, hat dies einen positiven demonstrativen Wert für das Selbstbild der Frauen. Daher scheint es, dass Scanlons zwei nicht-instrumentelle Konzepte im Fall der deskriptiven Repräsentation zusammenarbeiten. Ich werde daher die Unterscheidung zwischen dem Vorhersagewert einerseits und den symbolischen und demonstrativen Werten andererseits aufrechterhalten, aber die beiden letztgenannten nicht-instrumentellen Werte in einem Wert zusammenfassen. <sup>33</sup> Deskriptive Quoten können daher als etwas gelten, was ich von nun an als ‚demonstrativen symbolischen Wert‘ bezeichnen werde – sie bestätigen, dass die relevanten Gruppen politisch Gleiche sind, ungeachtet ihrer möglichen substanziellen Mitwirkung bei Parlamentsberatungen.

Robert Goodin trifft parallel dazu eine Unterscheidung zwischen Selbstinteressen und Selbstbild. Unabhängig von der substanziellen Wirkung, die Quoten für die Repräsentation der Interessen von Randgruppen haben können, ist die politische Repräsentation auch für das Selbstbild von Bedeutung: „Die Selbstbilder der Menschen sind, zumindest stellenweise und zum Teil, mit der Politik verbunden.“ <sup>34</sup> Goodin betont diese Unterscheidung zwischen Selbstinteresse und Selbstbild, um Studien entgegenzutreten, die besagen, dass Quoten keinen Wert haben, solange sie keine Wirkung auf die materiell-rechtliche Repräsentation entfalten. Gegen Sozialwissenschaftler, die gegen Quoten einwenden, dass diese nur eine geringe Wirkung auf die materiell-rechtliche Repräsentation der Gruppeninteressen haben, argumentiert Goodin, dass der Verweis auf die Unanwendbarkeit eines Arguments (Selbstinteresse) nicht das andere (Selbstbild) verwirft. <sup>35</sup> Anne Phillips betont

auf ähnliche Art und Weise die Bedeutung der Diversität der Parlamente, um die politische Gleichberechtigung der Frauen zu bestätigen.<sup>36</sup> Einige Männer können besser dazu beitragen, die Anliegen der Frauen vorzubringen, als es einige Frauen aus ideologischen Gründen tun werden. Aber dies wird wohl kaum unsere Gründe dafür entkräften, den Mangel an Frauen in den Parlamenten als ein Problem für die politische Gleichheit zu betrachten. Wir benötigen Frauen in Parlamenten, ungeachtet dessen, ob sie die Anliegen der Frauen vorbringen werden. Wir brauchen ethnische Minderheiten, ungeachtet dessen, ob sie tatsächlich eine konkrete positive Wirkung auf Antirassismus haben. Wir hoffen, dass dies der Fall sein wird und dies gibt uns zusätzliche Gründe, um Quoten im Allgemeinen zu implementieren, aber die Rechtfertigung, die auf einer Politik der Ideen beruht, ist nicht der einzige Grund. Vielfalt an geografischen Ursprüngen, ethnischen Hintergründen, Geschlechtern, sexuellen Orientierungen und Berufen hat einen wichtigen symbolischen Wert. Wie Mansbridge argumentiert, spielt die deskriptive Repräsentation bei der Erzeugung einer ‚sozialen Bedeutung der Fähigkeit zu herrschen‘ wahrscheinlich eine Schlüsselrolle für Gruppen, die als nicht politiktuglich erachtet werden.<sup>37</sup>

Von diesem demonstrativen symbolischen Wert von Quoten ausgehend, kann man behaupten, dass Jugendquoten in einer „öffentlichen Anerkennung des gleichen Wertes“ bestehen würden, um Charles Taylors Ausdruck zu bemühen.<sup>38</sup> Es würde der Gesellschaft und den jungen Menschen signalisieren, dass ihre Mitwirkung wertgeschätzt wird und dass sie mit gleichem Respekt behandelt werden. Ihr Status als gleichberechtigte Bürger würde bestätigt, anerkannt und betont werden. Der Mangel an jungen Menschen in den Parlamenten könnte hingegen das Gegenteil zum Ausdruck bringen und eine soziale Bedeutung des ‚Unvermögens zu regieren‘ hervorbringen. Es kann zu einem apolitischen Selbstbild junger Erwachsener beitragen und das Gefühl erzeugen, dass junge Menschen einen geringeren sozialen oder zumindest einen geringeren politischen Status haben, sowie das Gefühl verstärken, dass ältere Menschen besser geeignet sind, um zu regieren.

Wenn wir eine Gesellschaft anstreben, in der sich Menschen durch ihr ganzes Erwachsenenleben hinweg und ungeachtet ihres Alters aufeinander als Gleiche beziehen, dann

Nichts zeigt das Alter eines Menschen so sehr, als wenn er die neue Generation schlecht macht.

/ Adlai Stevenson /

ist das Vorhandensein einer solch sozialen Bedeutung der politischen Minderwertigkeit problematisch und muss unterbunden werden. Repräsentation ist in symbolischer Hinsicht bedeutend, weil sie politische Gleichheit bescheinigt. Jugendquoten könnten daher zu einer Neudefinition des jungen Erwachsenenlebens beitragen. Sie könnten dazu führen, dass junge Menschen als politikfähig angesehen werden, und sie könnten ihr Selbstbild als gleichberechtigte Bürger stärken. Geschlechter- und ethnische Quoten tragen dazu bei, dass die Weltsicht untergraben wird, derzufolge lediglich weiße Männer in der Lage sind, zu regieren. Jugendquoten haben das Potenzial, die Altersnorm in Frage zu stellen, wonach junge Bürger unter 30 Jahren oder in einigen Ländern Menschen unter 40 Jahren nicht geeignet sind, parlamentarische Arbeit zu leisten.

Wie Phillips betrachtet auch Mansbridge nicht das Beispiel von jungen Menschen. Sie erwähnt lediglich, dass Junge im Bereich der Autoritäten so unterschiedliche ‚Rollenvorbilder‘ wie möglich benötigen, das Parlament eingeschlossen.<sup>39</sup> Goodin jedoch führt sein Argument über die Wichtigkeit von Selbstbildern im Kontext des Nationalparteitags der Demokratischen Partei von 1972 näher aus, bei dem für die Legislative jedes US-Bundesstaates Quoten für Frauen, Schwarze und auch für junge Menschen eingeführt wurden. Die Quoten wurden eingeführt, um die kritische Unterrepräsentation aller drei Gruppen auf früheren Parteitag zu beseitigen. Im Kontext des Vietnamkriegs wurde die Abwesenheit der jungen Menschen als umso beunruhigender wahrgenommen, als dass ihre Altersgruppe überproportional von dem Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Tatsache, dass junge Menschen nicht als Beiträger zum politischen Diskurs anerkannt wurden, verschärfte die wahrgenommenen generationellen Spannungen daher noch weiter. Der Wert von Quoten könnte daher teilweise in dieser symbolischen Bestätigung der politischen Gleichheit von Randgruppen zum Ausdruck kommen. Legislativorgane, als Gebilde der politischen Herrschaft und Macht, sind für die symbolische Veranschaulichung von politischer Gleichheit besonders gut geeignet.

In diesem Abschnitt behauptete ich, dass deskriptiver Repräsentation im Allgemeinen und Jugendquoten im Besonderen ein ‚anschaulicher symbolischer Wert‘ zugesprochen werden kann. Die Einführung von Jugendquoten würde explizit die politische Gleichheit der jungen Menschen bestätigen.

### Der symbolisch-instrumentelle Wert von Jugendquoten

Die Anwesenheit von deskriptiven Repräsentanten hat wahrscheinlich, wie Mansbridge ausführt, einige positive Effekte auf die Wahrnehmung der Inklusion von politischen Randgruppen. „Aus dieser Perspektive sollten wir, wenn die Kosten nicht zu hoch sind, Vielfalt in autoritäts- und exzellenzbezogenen Positionen fördern.“<sup>40</sup> Altersdiversität kann eine wichtige Art der Vielfalt sein – vor allem dann, wenn einige Altersgruppen wie die Jungen, aber vielleicht auch die sehr Alten, politisch an den Rand gedrängt werden. Eine größere Altersvielfalt in den Parlamenten kann insbesondere zielführend dafür sein, eine Gesellschaft mit größerem Zusammenhalt hervorzubringen, in der sich niemand ausgeschlossen fühlt.

Verbunden werden auch die Schwachen mächtig.

/ Friedrich Schiller /

Jugendquoten könnten daher indirekt eine Rolle spielen, um etwa junge Menschen zum Wählen zu ermutigen. Es ist bekannt, dass in vielen Demokratien die Wahlbeteiligung der Jüngeren niedriger ist als die der Älteren. Wie Shiv Malik argumentiert, wäre es aber zu einfach anzunehmen, dass junge Menschen sich schlicht nicht engagieren möchten: „Als die Wahlkommission vor der landesweiten Wahl im Jahr 2005 eine Kampagne startete, um die jungen Menschen zum Wählen zu ermutigen, welche die Aussage enthielt: ‚Wenn ihr euch nicht für Politik interessiert ... gibt es nicht viel, was euch interessiert‘, verfehlte sie völlig das Thema. Es ist nicht so, dass sich junge Menschen nicht für Politik interessieren, es ist so, dass die heutige Politik sich nicht für junge Menschen interessiert.“<sup>41</sup>

Wir können hoffen, dass Quoten dazu beitragen, die Wahlbeteiligung junger Wähler zu erhöhen. Jugendquoten senden hoffentlich eine Botschaft aus, die Shiv Maliks Zitat umdreht: ‚Die Politik interessiert sich jetzt für junge Menschen.‘ Die Präsenz einiger junger Menschen in den Parlamenten kann daher als eine starke symbolische Geste

wirken, um junge Menschen wieder in politische Gemeinschaften einzugliedern, und dabei womöglich auch ihre Wahlbeteiligung stärken.

Jugendquoten haben auch das Potenzial, die vertikale Kommunikation zwischen Wählern und ihren Abgeordneten zu steigern. Eine stärkere Vielfalt unter den Parlamentariern kann laut Mansbridge eine Auswirkung darauf haben, dass Menschen eher ihre Parlamentarier besuchen, wenn sie eine erfahrungsmäßige Nähe zu diesen verspüren.<sup>42</sup> Sie stützt sich auf Studien, die zeigten, dass Afroamerikaner in den USA eher ihre Kongressabgeordneten aufsuchten, wenn diese ebenfalls Afroamerikaner waren. Die Alterszugehörigkeit ist sehr verschieden von anderen Identitäten, aber man könnte darüber spekulieren, dass sich ältere Menschen sicherer fühlen dürften, wenn sie ihre Angelegenheiten mit einem Parlamentarier aus ihrer Generation besprechen können. Wir können uns in ähnlicher Weise Fälle vorstellen, in denen sich junge Menschen wohler fühlen dürften, wenn sie ihre Angelegenheiten mit Repräsentanten besprechen können, die ungefähr in ihrem Alter sind anstatt mit Menschen, die im Alter ihrer Eltern oder Großeltern sind. Sie könnten zum Beispiel paternalistische oder geringschätzigere Antworten befürchten. Es erfordert nur ein paar junge Parlamentarier, damit dies funktioniert. Wie Mansbridge ausführt, besteht einer der Vorteile von deskriptiver Repräsentation darin, dass sie Kommunikation über die formellen Wahlkreise hinweg erlaubt.<sup>43</sup> Repräsentanten der Frauen können als stellvertretend für Frauen handeln, die ihre Standpunkte über mehrere Wahlkreise hinweg teilen. Die vertikale Kommunikation kann so durch eine verstärkte Kommunikation zwischen Einwohnerschaften und stellvertretenden deskriptiven Repräsentanten verbessert werden, und zwar selbst dann, wenn sie nicht ihre direkten Repräsentanten sind. Im Gegensatz dazu untergräbt die Abwesenheit junger Repräsentanten solche Möglichkeiten der vertikalen Kommunikation zwischen jungen Menschen und jungen stellvertretenden Repräsentanten über Wahlkreise hinweg.<sup>44</sup>

Man beachte, dass die Einführung von Jugendquoten auch Auswirkungen auf die Jugendbeteiligung bei Politiken haben kann, die nicht von symbolischen Effekten der Quoten herrühren. Ganz direkt gesprochen: die Einführung von Jugendquoten müsste durch die Einführung von anderen notwen-

digen Maßnahmen unterstützt werden. Junge Menschen müssen früher geschult werden, und dies bedingt eine bessere politische Bildung in den Schulen. Die Parteien müssen sich aktiv engagieren, um junge Menschen zu rekrutieren und ihre Jugendorganisationen auszubauen, damit die Quotenvorgaben erfüllt werden. Die Regierungen müssen Kampagnen und Bildungsprogramme starten und Schulungen konzipieren. Der Einführung von Jugendquoten müsste tatsächlich eine Reihe von weiteren Maßnahmen folgen, um Jugendbeteiligung voranzubringen. Jugendquoten müssen daher im Licht dieser sich allmählich ausbreitenden institutionellen Wirkung gesehen werden. Für sich genommen ist dies ein Argument dafür, sich auf die Einführung von Jugendquoten zu konzentrieren, weil diese voraussetzen, dass eine Reihe weiterer Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Das Argument ist angemessen radikal in dem Sinne, dass seine Implementierung ein vollständiges Umdenken darüber erforderlich macht, wie mehr junge Menschen für die Politik qualifiziert und in diese integriert werden können.

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. Chauvel 1998; Griffith 2011; Howker/Malik 2010; Tremmel 2006; Tremmel 2009; Willetts 2010.
- 2 Vgl. Daniels 1988; Gosseries 2007; McKerlie 1989.
- 3 Vgl. Gosseries 2007.
- 4 Phillips 1995: 63.
- 5 Vgl. Phillips 1995; Mansbridge 1999; Williams 1998.
- 6 Vgl. Phillips 1995; Mansbridge 1999.
- 7 Mansbridge 1999: 628.
- 8 Phillips 1995: 37.
- 9 Mansbridge 1999: 637.
- 10 Cracknell/McGuinness/Rhodes 2011: 36.
- 11 Man beachte, dass obwohl junge Menschen wahrscheinlich gleichmäßig die drei Parteien wählten, Wähler über 65 wahrscheinlich zu 44 Prozent für die Konservativen und nur zu 16 Prozent für die Liberal-Demokraten stimmten. Immerhin 31 Prozent wählten wahrscheinlich Labour (wie die 18-24-Jährigen).
- 12 Obwohl vergleichbare Forderungen, die von Rentnerorganisationen geäußert wurden, von jungen Menschen in Deutschland eindringlich kritisiert wurden.
- 13 Van Parijs 1995: 298.
- 14 Berry 2012: 13.
- 15 Vgl. Phillips 1995: 27-57.
- 16 Vgl. Hen/Foard in Berry 2012: 40.

17 Vgl. Chauvel 1998: 286-289.

18 Vgl. Swinson in Parkinson 2009.

19 Vgl. Buckingham 2012; Howker/Malik 2010; Intergenerational Foundation 2012.

20 Vgl. Jones 2011.

21 Howker/Malik 2010: 69.

22 Vgl. Leach 2011.

23 Furlong/Carmel in Berry 2012: 16.

24 Vgl. Bidadanure 2012.

25 Die erste Fassung des Vorhabens, die junge Menschen unter 25 Jahren vollständig ausschloss, wurde von der französischen Kommission für gleiche Möglichkeiten und für Anti-Diskriminierung als rechtswidrig erachtet. Vgl. Haute Autorite de Lutte Contre les Discriminations 2008: 8-10.

26 Daniels 1988: 62.

27 Phillips 1995: 33.

28 Vgl. Scanlon 1986: 177-185.

29 Vgl. Scanlon 1986: 177-179.

30 Scanlon 1986: 179.

31 Scanlon 1986: 180.

32 Scanlon 1986: 181.

33 Vgl. Scanlon 1986: 180f.

34 Goodin 1977: 259.

35 Vgl. Goodin 1977: 260.

36 Vgl. Phillips 1995: 27-57.

37 Vgl. Mansbridge 1999: 648-650.

38 Taylor in Phillips 1995: 40.

39 Vgl. Mansbridge 1999: 651.

40 Mansbridge 1999: 651.

41 Howker/Malik 2010: 154.

42 Vgl. Mansbridge 1999: 641-643.

43 Vgl. Mansbridge 1999: 642.

44 Man beachte, dass dies möglicherweise auch ein Gesichtspunkt ist, der unter das materiell-rechtliche Repräsentationsargument fällt. Wenn es als ein Resultat von Jugendquoten eine bessere vertikale Kommunikation gibt, verbessert dies wahrscheinlich auch die materiell-rechtliche Repräsentation von Angelegenheiten der Jugend in den Parlamenten. Tatsächlich klassifiziert Mansbridge verbesserte vertikale Kommunikation unter die Kategorie der materiell-rechtlichen Repräsentation (vgl. Mansbridge 1999: 641-643).

#### Literaturverzeichnis

Berry, Craig (2012): The rise of gerontocracy? Addressing the intergenerational democratic deficit. London: Intergenerational Foundation.

Bidadanure, Juliana (2012): Short-sightedness in Youth Welfare Provision: the Case of RSA in France. In: Intergenerational Justice Review, Jg. 12 (1). S. 22-28.



Buckingham, David (2012): Reading the Riots Acts. Discourse, Communication and Conversation. Loughborough University.

Chauvel, Louis (2010): The Long-Term Destabilization of Youth, Scarring Effects, and the Future of the Welfare Regime in Post-Trente Glorieuses France. In: French Politics, Culture & Society, Jg. 28 (3). S. 74-96.

Chauvel, Louis (1998): Le destin des générations. Paris: PUF.

Cracknell, Richard / McGuinness, Feargal / Rhodes, Christopher (2011): General Election 2010: Research paper. London: House of Commons Library.

Daniels, Norman (1988): Am I my parents' keeper? An essay on justice between the young and the old. New York/Oxford: Oxford University Press.

Goodin, Robert (1977): Convention Quotas and Communal Representation. In: British Journal of Political Science, Jg. 7 (2). S. 255-261.

Gosseries, Axel (2007): Discrimination par l'âge. In: Bourdeau, Vincent / Merrill, Roberto (Hg.): DicoPo, Dictionnaire de théorie politique. <http://www.dicopo.fr/spip.php?article40>. Abruf am 15.07.2014.

Griffith, Matt (2011): Hoarding of Housing: The intergenerational crisis in the housing market. London: Intergenerational Foundation. [http://www.if.org.uk/wp-content/uploads/2011/10/IF\\_Housing\\_Definition\\_Report\\_19oct.pdf](http://www.if.org.uk/wp-content/uploads/2011/10/IF_Housing_Definition_Report_19oct.pdf). Abruf am 15.07.2014.

Haute Autorite de Lutte Contre les Discriminations (2008): Note RSA /2008/5161/001.

Howker, Ed / Malik, Shiv (2010): Jilted generation: how Britain has bankrupted its youth. London: Icon Books.

Intergenerational Foundation (2014). <http://www.if.org.uk/>. Abruf am 15.07.2014.

Jones, Owen (2011): Chavs: The Demonization of the Working Class. London: Verso.

Leach, Jeremy (2011): The Poor Perception of Younger People in the UK. London: Intergenerational Foundation. [http://www.if.org.uk/wp-content/uploads/2011/08/The\\_Poor\\_Perception\\_of\\_Younger\\_People\\_in\\_the\\_UK\\_17Aug3.pdf](http://www.if.org.uk/wp-content/uploads/2011/08/The_Poor_Perception_of_Younger_People_in_the_UK_17Aug3.pdf) Abruf am 15.07.2014.

Mansbridge, Jane (1999): Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent 'Yes'. In: The Journal of Politics, Jg. 61(3). S. 628-657.

McKerlie, Dennis (1989): Justice between Age-groups: a comment on Norman Daniels. In: Journal of Applied Philosophy, Jg. 6 (2). S. 227-234.

Parkinson, Justin (2009): Being the UK's youngest MP. In: BBC news (02.01.2009). [http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk\\_politics/7788472.stm](http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/7788472.stm). Abruf am 15.07.2014.

Phelps, Edward (2004): Young Citizens and Changing Electoral Turnout, 1964-2001. In: The Political Quarterly, Jg. 75 (3). S. 238-248.

Phillips, Anne (1995): The Politics of Presence. Oxford: Clarendon Press.

Scanlon, Tim (1986): The Significance of Choice. Tanner Lectures on Human Values, Oxford University.

Tremmel, Jörg (2009): A Theory of Intergenerational Justice. London: Earthscan,

Tremmel, Jörg (Hg.) (2006): Handbook of Intergenerational justice. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.

Van Parijs, Philippe (1995): Real Freedom for All. What (if anything) can Justify Capitalism? Oxford: Clarendon Press.

Willets, David (2010): The Pinch: How the baby boomers took their children's future – and why they should give it back. London: Atlantic Books.

Williams, Melissa S. (1998): Voice, Trust, and Memory: Marginalized Groups and the Failings of Liberal Representation. Princeton: Princeton University Press.



Dr. Juliana Bidadanure ist Postdoc im Max-Weber-Programm des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz (2014/2015). In ihrer Dissertation an der Universität York (UK) beschäftigte sich Dr. Juliana Bidadanure im Bereich der Politischen Philosophie mit der Frage, was es bedeutet, junge Menschen ‚als Gleiche‘ zu behandeln. Sie hat einen kritischen Ansatz entwickelt, der ermöglicht, zwischen akzeptablen und abzulehnenden Ungleichheiten zwischen Kohorten und Altersgruppen zu unterscheiden.

Kontaktdaten:

Dr. Juliana Bidadanure  
European University Institute  
Max Weber Programme  
Via dei Roccettini, 9  
Office no. BF 037  
I-50014 San Domenico di Fiesole, Italien  
E-Mail: [Juliana.Bidadanure@EUI.eu](mailto:Juliana.Bidadanure@EUI.eu)

Übersetzung: Hans-Ulrich Kramer